

Antrag an den Kreisparteitag am 5.4. 2025

Vor dem Hintergrund des Abstimmungsverhaltens der Landesregierungen in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern beschließt der Kreisparteitag:

1. Wir fordern Bundesvorstand und Bundestagsfraktion auf, das Vorgehen der Linken-Vertreter*innen in den Regierungen deutlich als eklatanten Verstoß gegen die Beschlusslage der Partei zu verurteilen. Es reicht nicht aus, dass es in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern „Protokollnotizen“ im Bundesrat gab und die Aufhebung der Schuldenbremse für Aufrüstung als falsche, „Priorität“ kritisiert wird. Eine Enthaltung im Bundesrat, wie es selbst das BSW dort durchgesetzt hat, wo es mitregiert, wäre das Allermindeste gewesen. Noch reicht es aus, wenn führende Vertreter*innen der Partei erklären, sie hätten anders gehandelt.
2. Der Kreisverband nimmt die Ereignisse zum Anlass, um über Nutzen und Schaden durch linke Regierungsbeteiligungen zu diskutieren und organisiert zeitnah eine entsprechende Veranstaltung.
3. Wir fordern Bundesvorstand und Bundestagsfraktion auf, sich bei der Kritik an den neuen Aufrüstungsmaßnahmen nicht auf die aktuellen Maßnahmen zu beschränken, sondern auch die Rückgängigmachung der vergangenen Maßnahmen, die die Partei zur Zeit ihrer Einführung abgelehnt hat, zu fordern, und die Forderungen des Wahlprogramms in ihrem vollen Umfang zu vertreten, u.a. drastische Senkung der Rüstungsausgaben, Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr, vollständiges Verbot von Rüstungsexporten, Überführung der Rüstungskonzerne in Gemeineigentum und Konversion in gesellschaftliche Produktion, kein Werben fürs Sterben an Schulen, auf Bildungsmessen, an Universitäten oder per Briefsendungen. Es gilt noch immer was im Erfurter Programm zur NATO steht: Austritt Deutschlands aus den militärischen Strukturen der NATO.

Begründung erfolgt mündlich